

# **Intervention, Hegemonie und der lange Schatten des Westens: Eine strategische Analyse der Einflussnahme in Afghanistan (1989–2025)**

## **1. Einleitung: Die Metamorphose der Einmischung**

Die Geschichte Afghanistans im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert ist nicht nur eine Chronik innerer Konflikte, sondern in entscheidendem Maße das Protokoll externer Interventionen. Während die sowjetische Besatzung (1979–1989) oft als archetypischer imperialer Übergriff verstanden wird, stellt die Phase nach dem Ende des Kalten Krieges ein weitaus komplexeres, vielschichtiges und oft widersprüchliches Geflecht westlicher Einflussnahme dar. Diese Analyse untersucht die Mechanismen, mit denen westliche Staaten – primär die Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch Großbritannien, Frankreich, Deutschland und supranationale Akteure wie die Europäische Union – versucht haben, die politischen, militärischen und ökonomischen Geschicke Afghanistans zu lenken. Der Begriff "Einmischung" wird hierbei analytisch breit gefasst. Er reicht von der verdeckten Finanzierung paramilitärischer Gruppen in den 1990er Jahren über die direkte militärische Besatzung und das großangelegte "State-Building" nach 2001 bis hin zur modernen ökonomischen Kriegsführung durch Sanktionen und das Einfrieren von Staatsvermögen nach der Rückkehr der Taliban im Jahr 2021. Es ist eine Geschichte der Transformation von Macht: Wo einst Geheimdienstkoffer mit Bargeld das bevorzugte Mittel waren, sind es heute digitale Transaktionssperren im globalen Bankensystem und algorithmisch gesteuerte Drohnenangriffe.

Diese Untersuchung argumentiert, dass die westliche Politik gegenüber Afghanistan nie von einem reinen "Vergessen" geprägt war, selbst in den vermeintlich ruhigen 1990er Jahren nicht. Vielmehr wandelte sich die Art der Intervention von einer strategischen Vernachlässigung mit punktuellen, sicherheitsgetriebenen Eingriffen hin zu einem totalitären Anspruch der Gesellschaftstransformation, der schließlich in einer Strategie der Distanzierung und Bestrafung mündete. Dabei standen sich oft zwei westliche Imperative diametral gegenüber: der kurzfristige Zwang zur Terrorbekämpfung ("Counter-Terrorism"), der oft die Zusammenarbeit mit gewalttätigen Warlords und Milizen erforderte, und der langfristige normative Anspruch des Staatsaufbaus ("Nation-Building"), der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie forderte. Die Spannung zwischen diesen Polen zerriss letztlich die Kohärenz der westlichen Strategie und hinterließ ein Land, das zwar tiefgreifend verändert, aber strukturell destabilisiert wurde.

## **2. Das geopolitische Vakuum und die verdeckte Hand**

## (1989–2001)

Nach dem Abzug der letzten sowjetischen Truppen im Februar 1989 und dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 entstand in der westlichen Wahrnehmung ein strategisches Vakuum. Die bipolare Ordnung, die Afghanistan als Schachbrett der Supermächte definiert hatte, löste sich auf. Doch die Annahme, der Westen habe sich vollständig zurückgezogen, ist bei genauerer Betrachtung ein Mythos.<sup>1</sup> Zwar versiegten die massiven Finanzströme der "Operation Cyclone", doch an ihre Stelle traten gezielte, oft verdeckte Operationen, die spezifische Sicherheitsinteressen bedienten.

### 2.1. Operation MIAS: Rüstungskontrolle durch Marktkaufkraft

Ein zentrales, oft übersehenes Kapitel der frühen 1990er Jahre ist die obsessive Sorge der USA um die Proliferation von Hochtechnologie-Waffen, die sie selbst in die Region gepumpt hatten. Im Zentrum stand die FIM-92 Stinger, eine schultergestützte Boden-Luft-Rakete, die als "Wunderwaffe" gegen die sowjetischen Hind-Helikopter galt.

Mit dem Abzug der Sowjets fürchtete die CIA, dass diese Raketen in die Hände des Iran oder internationaler Terrorgruppen gelangen könnten. Als Reaktion initiierte der US-Geheimdienst 1990 die **Operation MIAS** (Missing in Action Stingers).<sup>2</sup> Dieses Programm war ein klassisches Beispiel für monetäre Einmischung in einen laufenden Bürgerkrieg. Der US-Kongress bewilligte initial 55 Millionen Dollar, später weitere 65 Millionen Dollar, um die verbleibenden Raketen von den Mudschaheddin zurückzukaufen.<sup>3</sup>

Die Implikationen dieser Maßnahme waren weitreichend und destabilisierend:

- **Marktverzerrung:** Die CIA bot Preise, die weit über den Herstellungskosten lagen. Während eine Stinger in der Produktion etwa 20.000 bis 30.000 Dollar kostete, trieb das Rückkaufprogramm den Schwarzmarktpreis auf bis zu 100.000 oder gar 300.000 Dollar hoch.<sup>2</sup>
- **Finanzierung des Bürgerkriegs:** Afghanische Kommandanten, die über Bestände verfügten, nutzten die US-Gelder nicht zur Demobilisierung, sondern reinvestierten die gewaltigen Summen in konventionelle Waffen (Kalaschnikows, RPGs), um ihre Positionen im ausbrechenden Bürgerkrieg gegen rivalisierende Fraktionen zu festigen.<sup>5</sup> Die westliche Intervention zur "Abrüstung" wirkte somit paradoxerweise als Brandbeschleuniger für den internen Konflikt, indem sie Liquidität in einen Markt pumpte, der ansonsten unter Ressourcenknappheit gelitten hätte.

Bis 1996 waren immer noch schätzungsweise 600 Stinger-Raketen unauffindbar, von denen einige in Konfliktherden wie Kroatien, Sri Lanka oder Katar auftauchten.<sup>3</sup> Dies demonstriert die Grenzen rein monetärer Einmischung in Gebieten ohne staatliches Gewaltmonopol.

### 2.2. Selektive Allianzen: Der Westen und die Nordallianz

Während die USA in den frühen 90ern eine Politik der "wohlwollenden Vernachlässigung" pflegten und teilweise sogar die Hoffnung hegten, die aufstrebenden Taliban könnten durch die Befriedung des Landes den Bau der Unocal-Pipeline ermöglichen, verfolgten europäische Akteure eine andere Agenda.

Insbesondere Frankreich etablierte eine tiefe strategische und symbolische Partnerschaft mit der Nordallianz (Vereinigte Islamische Front zur Rettung Afghanistans) unter der Führung von Ahmad Shah Massoud. Massoud, ein Tadschike, der eine französische Schule in Kabul besucht hatte (Lycée Esteqlal), wurde in Paris als das "moderne Gesicht" des Widerstands kultiviert – ein Gegenentwurf sowohl zum sowjetischen Kommunismus als auch zum radikalen Islamismus der Taliban oder Hekmatyars.<sup>6</sup>

Diese Unterstützung manifestierte sich auf mehreren Ebenen:

- **Politische Legitimierung:** Im April 2001, nur Monate vor seinem Tod, wurde Massoud im Europäischen Parlament in Straßburg empfangen.<sup>7</sup> Diese Visite war ein massives diplomatisches Signal, das die Taliban-Regierung als illegitim brandmarkte und die Nordallianz als quasi-staatlichen Akteur aufwertete.
- **Materielle Hilfe:** Es gibt Hinweise darauf, dass Frankreich und in geringerem Maße andere europäische Staaten logistische und finanzielle Unterstützung leisteten, um Massouds Enklave im Pandschir-Tal am Leben zu erhalten, während die Taliban 90% des Landes kontrollierten.<sup>8</sup>
- **Geopolitische Divergenz:** Hier zeigt sich eine interessante Divergenz innerhalb des "Westens". Während die USA in den 80ern und frühen 90ern oft via Pakistan (ISI) Paschtunen-dominierte Gruppen wie Hekmatyars Hezb-e Islami bevorzugten<sup>6</sup>, setzte Kontinentaleuropa stärker auf die ethnischen Minderheiten des Nordens. Diese historische Weichenstellung sollte nach 2001 massive Auswirkungen auf die Regierungsbildung haben, da die von den USA installierte Regierung Karzai versuchen musste, diese westlich gestärkten Nordallianz-Kader mit der paschtunischen Bevölkerungsmehrheit auszusöhnen.

### 2.3. Das Sanktionsregime als Zwangsinstrument (1999–2001)

Gegen Ende des Jahrzehnts, als die Verbindung zwischen den Taliban und Osama bin Ladens Al-Qaida offensichtlich wurde, schwenkte die westliche Strategie von verdeckter Einflussnahme auf offenen Zwang um. Das Instrument der Wahl waren UN-Sanktionen, die maßgeblich von den USA und Großbritannien im Sicherheitsrat vorangetrieben wurden. Dies war der Beginn der ökonomischen Kriegsführung gegen Afghanistan, die bis heute anhält.

**Tabelle 1: Das Sanktionsregime vor 2001**

Resolution	Datum	Maßnahme	Zielsetzung	Auswirkungen
<b>UNSC 1267</b>	Okt. 1999	Einfrieren von Taliban-Finanzmitteln; Flugverbot für Ariana Afghan Airlines außerhalb Afghanistans. <sup>9</sup>	Auslieferung von Osama bin Laden.	Diplomatische Isolation; Erschwerung des zivilen Handels und der Wartung von Flugzeugen.
<b>UNSC 1333</b>	Dez. 2000	Waffenembargo (nur gegen	Stopp der Terrorunterstützung	Faktische militärische

		Taliban-Gebiete); Verbot von Essigsäureanhydrid (Heroin-Chemikalie); Schließung von Ariana-Büros; Reiseverbote für Taliban-Funktionäre. <sup>9</sup>	g; Drogenbekämpfung.	Unterstützung der Nordallianz (da diese vom Embargo ausgenommen war); Zusammenbruch des legalen Außenhandels.
--	--	---	-------------------------	---

Die Resolution 1333 war besonders invasiv, da sie ein einseitiges Waffenembargo verhängte. Indem sie Waffenlieferungen an die Taliban verbot, aber nicht explizit an die Nordallianz, griff die UN – gesteuert durch westliche Vetomächte – direkt in das militärische Gleichgewicht des Bürgerkriegs ein.<sup>10</sup> Dies stärkte die Position der Nordallianz militärisch, konnte den Vormarsch der Taliban jedoch nicht stoppen. Es zementierte jedoch das Narrativ der Taliban, dass die internationale Gemeinschaft (repräsentiert durch den Westen) ein Feind des Islamischen Emirats sei.

### 3. Operation Enduring Freedom und die Konstruktion eines Staates (2001–2005)

Die Anschläge vom 11. September 2001 wirkten als Katalysator, der die westliche Einmischung von einer peripheren Aktivität zur zentralen Priorität der globalen Sicherheitspolitik machte. Die folgende Phase war geprägt von dem Versuch, Afghanistan durch eine Kombination aus militärischer Gewalt ("Regime Change") und politischem Engineering ("Nation Building") neu zu erfinden.

#### 3.1. Die CIA-Vorhut und der Kauf des Krieges

Der Krieg begann nicht mit einer konventionellen Invasion, sondern mit einer massiven finanziellen Intervention. CIA-Teams, bekannt unter Codenamen wie "Jawbreaker", landeten Ende September 2001 im Pandschir-Tal. Ihr wichtigstes Werkzeug waren nicht Gewehre, sondern Koffer voller Bargeld – Millionen von US-Dollar in kleinen Scheinen.<sup>11</sup>

- **Reaktivierung der Warlords:** Die Strategie bestand darin, die Loyalität der Kommandeure der Nordallianz (Fahim, Dostum, Atta) zu kaufen, die nach Jahren des Rückzugs demoralisiert waren. Diese Zahlungen transformierten lokale Milizenführer über Nacht wieder in mächtige "Warlords" mit immensen Ressourcen.
- **Langfristige Folgen:** Diese initiale Entscheidung, auf existierende Machtstrukturen und Gewaltunternehmer zu setzen, anstatt neue, unbelastete Institutionen aufzubauen, wird von Experten als "Ursünde" der Intervention betrachtet. Sie etablierte ein System der Patronage, in dem politische Macht direkt an den Zugang zu westlichen Geldern gekoppelt war. Figuren wie Gul Agha Sherzai im Süden oder Rashid Dostum im Norden wurden so zu quasi-staatlichen Akteuren, deren Machtbasis nicht demokratische

Legitimität, sondern CIA-Finanzierung und US-Luftunterstützung war.<sup>13</sup>

### 3.2. Die Bonner Konferenz: Demokratie aus dem Labor

Die politische Neuordnung Afghanistans wurde fernab von Kabul, im Hotel Petersberg bei Bonn, entschieden. Die Bonner Konferenz im Dezember 2001 illustriert exemplarisch, wie tief westliche Diplomaten in die Personalpolitik und Struktur des neuen afghanischen Staates eingriffen.

- **Die Auswahl Karzais:** Während formell afghanische Delegationen verhandelten, zogen im Hintergrund US-Gesandte wie Zalmay Khalilzad und UN-Diplomaten wie Lakhdar Brahimi die Fäden. Berichten zufolge favorisierte eine Mehrheit der afghanischen Delegierten ursprünglich Abdul Sattar Sirat als Vorsitzenden der Interimsverwaltung. Sirat, ein Usbeke, wurde jedoch von den USA als nicht passfähig angesehen, da man einen Paschtunen an der Spitze für notwendig hielt, um die ethnische Balance zu wahren. Durch intensiven diplomatischen Druck wurde Hamid Karzai als Kompromisskandidat durchgesetzt.<sup>14</sup>
- **Die ethnische Arithmetik:** Um die militärisch dominante Nordallianz zu befrieden, gestand der Westen ihr die Schlüsselministerien (Verteidigung, Inneres, Außenamt) zu. Dies schuf ein Ungleichgewicht, das viele Paschtunen entfremdete und den Taliban später die Rekrutierung erleichterte, da sie sich als die wahren Vertreter der paschtunischen Interessen darstellen konnten.<sup>6</sup>
- **Die Exklusion der Besiegten:** Ein weiterer kritischer Punkt war die bewusste Entscheidung, die Taliban – die zu diesem Zeitpunkt militärisch geschlagen waren und deren Führung teilweise Kapitulationsangebote signalisierte – komplett vom politischen Prozess auszuschließen.<sup>17</sup> Der Westen, berauscht vom schnellen militärischen Sieg, setzte auf eine "Siegerjustiz", die keinen Raum für Integration ließ.

### 3.3. ISAF: Die Militarisierung der Präsenz

Mit der Resolution 1386 etablierte der UN-Sicherheitsrat die International Security Assistance Force (ISAF), die unter britischer und später NATO-Führung stand.<sup>18</sup> Was als begrenzte Schutztruppe für Kabul begann, wuchs zu einer landesweiten Besatzungsmacht an.

**Tabelle 2: Truppensteller im Vergleich (ISAF-Peak ca. 2011)**

Land	Truppenstärke	Einsatzgebiet	Fokus
USA	~90.000 - 100.000	Landesweit (Fokus Ost/Süd)	Kampfeinsätze (COIN), Terrorbekämpfung
Großbritannien	~9.500	Helmand (Süden)	Intensive Gefechtsführung, Drogenbekämpfung
Deutschland	~4.800 - 5.300	Norden (Kunduz, Mazar-e-Sharif)	"Vernetzte Sicherheit", Wiederaufbau, Ausbildung
Frankreich	~3.900	Kapisa/Surobi (Osten)	Stabilisierung, später Kampfeinsatz

Italien	~3.900	Westen (Herat)	Training, Sicherung
---------	--------	----------------	---------------------

Quelle: ISAF Truppenzahlen.<sup>18</sup>

Die Präsenz dieser Truppen war an sich die stärkste Form der Einmischung. Sie übernahmen de facto das Gewaltmonopol in weiten Teilen des Landes. Durch die Einrichtung von **Provincial Reconstruction Teams (PRTs)** verschwammen zudem die Grenzen zwischen militärischer Besatzung und ziviler Entwicklungshilfe. Westliche Militärs entschieden, wo Brunnen gebohrt, Schulen gebaut oder Straßen asphaltiert wurden – oft basierend auf militärischen Notwendigkeiten ("Winning Hearts and Minds") und nicht auf nationalen Entwicklungsplänen.<sup>22</sup>

## 4. Der Schattenkrieg: CIA, Paramilitärs und der Drohnenkrieg (2006–2014)

Während die konventionellen Truppen der ISAF versuchten, staatliche Strukturen aufzubauen und die Bevölkerung zu schützen ("Population-Centric Counterinsurgency"), führten die USA einen parallelen, oft geheimen Krieg. Dieser "Krieg im Krieg" hatte verheerende Auswirkungen auf die Legitimität der Intervention und die Menschenrechte.

### 4.1. Die "CIA-Armee": Staatsbildung durch Parallelstrukturen

Eine der gravierendsten Formen der Einmischung war der Aufbau, die Finanzierung und das Kommando über paramilitärische Einheiten, die vollständig außerhalb der Kontrolle der afghanischen Regierung standen. Diese Einheiten, oft euphemistisch als "Kampagnenkräfte" bezeichnet, unterstanden operativ der CIA und US Special Forces.<sup>11</sup>

- **Khost Protection Force (KPF):** Diese Einheit, die von Camp Chapman in der Provinz Khost aus operierte, gilt als die älteste und berüchtigtste CIA-Miliz. Sie agierte ohne rechtliche Grundlage im afghanischen Gesetz. Berichte von Human Rights Watch und der UN dokumentieren, dass die KPF in zahlreiche "Night Raids" (nächtliche Razzien) verwickelt war, bei denen Zivilisten summarisch exekutiert wurden. Ein Beispiel aus dem Jahr 2018 beschreibt, wie KPF-Einheiten in Kandahar mindestens 20 Männer aus ihren Häusern zerrten und hinrichteten.<sup>24</sup>
- **NDS-Einheiten (01, 02, 03, 04):** Formell dem afghanischen Geheimdienst NDS zugeordnet, wurden diese Spezialkräfte regional organisiert (z.B. NDS-01 für Zentralafghanistan, NDS-02 für den Osten) und von der CIA trainiert und bezahlt. Sie nutzten US-Luftunterstützung und Intelligenzdaten für "Kill-or-Capture"-Missionen.
- **Straflosigkeit als System:** Das zentrale Problem dieser Einmischung war die absolute Rechenschaftslosigkeit. Da diese Einheiten de facto unter US-Kommando standen, konnte die afghanische Justiz nicht gegen sie ermitteln. Selbst Provinzgouverneure hatten keine Befehlsgewalt über sie.<sup>26</sup> Dies untergrub die Souveränität des afghanischen Staates massiv: Wie konnte eine Regierung Legitimität beanspruchen, wenn ausländische Geheimdienste private Armeen auf ihrem Boden unterhielten, die

ungestraft Zivilisten töten konnten?

## 4.2. Der Drohnenkrieg: Technologie als Terror

Der Einsatz bewaffneter Drohnen (UAVs) wie der MQ-1 Predator und MQ-9 Reaper wurde zum Symbol der westlichen (primär US-amerikanischen) Kriegsführung. Während westliche Militärs die Präzision dieser Waffen lobten, wurden sie in der afghanischen Wahrnehmung zu Instrumenten willkürlichen Terrors.

- **Datenlage und Realität:** Investigativrecherchen, unter anderem vom Bureau of Investigative Journalism, zeigten massive Diskrepanzen zwischen offiziellen US-Angaben und der Realität am Boden auf. Während das US-Militär oft behauptete, "Null zivile Opfer" verursacht zu haben, dokumentierten unabhängige Untersuchungen hunderte zivile Tote. In einer Phase des Jahres 2013 waren bis zu 90% der Todesopfer bei Drohnenangriffen in bestimmten Sektoren nicht die beabsichtigten Ziele.<sup>27</sup>
- **Der Fall Kunduz (2015):** Ein besonders tragisches Beispiel für die Folgen des Luftkrieges – wenn auch durch ein Gunship und nicht eine Drohne durchgeführt, aber Teil derselben Logik der Luftüberlegenheit – war der Angriff auf das Traumazentrum von Ärzten ohne Grenzen (MSF) in Kunduz am 3. Oktober 2015. Trotz der Übermittlung der GPS-Koordinaten durch MSF bombardierte ein US-AC-130-Flugzeug das Krankenhaus über eine Stunde lang, tötete 42 Menschen und zerstörte die einzige funktionierende Notfallchirurgie der Region.<sup>28</sup> Die anschließende US-Untersuchung stufte den Vorfall als "menschliches Versagen" ein, was viele Beobachter als unzureichend kritisierten und als Beleg für die systemische Fahrlässigkeit im Umgang mit afghanischem Leben werteten.<sup>31</sup>

## 4.3. Warlord Inc.: Die Ökonomie der Korruption

Die westliche Einmischung schuf auch eine perverse ökonomische Struktur. Ein Bericht des US-Kongresses unter dem Titel "Warlord, Inc." enthüllte 2010, dass die Logistikverträge des US-Militärs (Host Nation Trucking) indirekt die Taliban finanzierten. Transportunternehmen zahlten Schutzgelder an lokale Warlords und Insurgenten, um die Sicherheit der Konvois zu gewährleisten. Schätzungen zufolge flossen bis zu 40% der Gelder aus bestimmten Verträgen in die Taschen von kriminellen Netzwerken und Aufständischen.<sup>32</sup>

Zusätzlich praktizierte die CIA die Verteilung von "Ghost Money" – Bargeldzahlungen an das Präsidialamt von Hamid Karzai, um politischen Einfluss zu kaufen. Dies korrumpierte den politischen Prozess an der Spitze und signalisierte der afghanischen Elite, dass Selbstbereicherung akzeptiert wurde, solange die strategischen Interessen des Westens gewahrt blieben.<sup>33</sup>

## 5. Der lange Abschied und das strategische Scheitern (2014–2021)

Mit dem Ende der ISAF-Kampfmission 2014 und dem Übergang zur Mission "Resolute Support" (Ausbildung und Beratung) veränderte sich die Art der Einmischung. Die direkte

militärische Kontrolle wich einer indirekten Steuerung durch Finanzierung und Luftunterstützung.

## 5.1. Das Doha-Abkommen: Verhandlung über die Köpfe hinweg

Das endgültige Scheitern des westlichen Projekts manifestierte sich im Doha-Prozess (2018–2020). Die Trump-Administration, vertreten durch Zalmay Khalilzad, verhandelte direkt mit den Taliban über den Abzug der US-Truppen.

- **Delegitimierung der Republik:** Die fatalste Form der politischen Einmischung in dieser Phase war die bewusste Exklusion der gewählten afghanischen Regierung unter Ashraf Ghani von den Gesprächen. Die USA akzeptierten die Forderung der Taliban, nicht mit der "Marionettenregierung" in Kabul zu verhandeln. Dies entzog der Regierung Ghani jegliche Legitimität in den Augen der Bevölkerung und der Sicherheitskräfte.<sup>17</sup>
- **Der psychologische Bruch:** Das Abkommen vom Februar 2020 war faktisch ein Rückzugsvertrag, kein Friedensvertrag. Es verpflichtete die USA zum Abzug, ohne einen Waffenstillstand für die afghanischen Truppen zu garantieren. Dies signalisierte den afghanischen Sicherheitskräften, dass ihr wichtigster Patron sie aufgegeben hatte, was zum raschen psychologischen und militärischen Kollaps im Sommer 2021 beitrug.<sup>17</sup>

## 6. Ökonomische Kriegsführung und Isolation (2021–2025)

Mit der Machtübernahme der Taliban am 15. August 2021 endete die militärische Besatzung, doch die Einmischung des Westens endete keineswegs. Sie wechselte lediglich das Medium: von kinetischer Gewalt zu finanzieller Strangulierung.

### 6.1. Der "Asset Freeze": Ein Staat ohne Geld

Die unmittelbarste Reaktion der USA und europäischer Staaten war das Einfrieren der afghanischen Währungsreserven. Da Afghanistan keine nennenswerte eigene Währungsproduktion oder Goldreserven im Inland hatte, lagerte der Großteil des Staatsvermögens im Ausland.

- **Umfang der Blockade:** Etwa 7 Milliarden US-Dollar der afghanischen Zentralbank (Da Afghanistan Bank - DAB) bei der Federal Reserve in New York wurden eingefroren. Weitere ca. 2 Milliarden Dollar lagerten in Europa (Großbritannien, Deutschland, Schweiz) und den VAE und wurden ebenfalls blockiert.<sup>35</sup>
- **Ökonomische Implikationen:** Diese Maßnahme war verheerend. Sie entzog der afghanischen Wirtschaft über Nacht die Liquidität. Die Zentralbank konnte keine Dollarauktionen mehr durchführen, um den Afghani-Kurs zu stützen. Das Bankensystem kollabierte faktisch, Überweisungen ins Ausland wurden unmöglich. Dies führte zu einer massiven Inflation (zeitweise) und einer Deflation durch Nachfrageausfall, da niemand mehr Geld hatte.<sup>37</sup> Die Weltbank schätzte, dass das BIP Afghanistans allein im Jahr 2021 um über 20% schrumpfte.<sup>37</sup>

### 6.2. Der "Afghan Fund" in der Schweiz: Treuhänderschaft statt



## Souveränität

Im September 2022 etablierten die USA in Kooperation mit der Schweiz eine innovative, aber kontroverse Konstruktion, um mit einem Teil der eingefrorenen Gelder umzugehen: den "Fund for the Afghan People" (Afghan Fund).

- **Struktur:** 3,5 Milliarden Dollar der eingefrorenen US-Bestände wurden in diesen Fonds bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel transferiert. Der Fonds wird von einem Kuratorium (Board of Trustees) verwaltet, dem ein US-Vertreter, ein Schweizer Vertreter und zwei afghanische Experten (ohne Taliban-Zugehörigkeit) angehören.<sup>36</sup>
- **Interventionscharakter:** Dies stellt eine tiefe Einmischung in die staatliche Souveränität dar. Ein Kernbestandteil staatlicher Hoheit – die Verfügung über die nationalen Währungsreserven – wurde einer supranationalen Struktur unter westlicher Dominanz übertragen. Ziel ist es, die makroökonomische Stabilität zu stützen (z.B. durch Begleichung von Rückständen bei internationalen Institutionen oder Druck von Banknoten), ohne dass die Taliban Zugriff auf die Gelder erhalten.<sup>40</sup>

### 6.3. Das Sanktionsregime 2.0 und humanitäre Lizenzen

Parallel zum Asset Freeze wurden die Sanktionen gegen Taliban-Führer (die nun Regierungsmitglieder waren) beibehalten und verschärft. Dies führte zu einem "Chilling Effect" im internationalen Bankwesen – ausländische Banken weigerten sich, Transaktionen mit Afghanistan durchzuführen, aus Angst vor US-Strafen.

Um eine totale Hungersnot zu verhindern, sah sich das US-Finanzministerium (OFAC) gezwungen, **General Licenses** (insb. GL 20) zu erlassen. Diese erlauben spezifische Ausnahmen für humanitäre Hilfe, Bildung und Grundversorgung.<sup>42</sup>

- **Bedeutung:** Dass NGOs und UN-Organisationen eine Lizenz des US-Finanzministeriums benötigen, um in Afghanistan Schulen zu bauen oder Lebensmittel zu verteilen, verdeutlicht die totale Kontrolle, die Washington weiterhin über die lebenswichtigen Adern des Landes ausübt.

## 7. Aktuelle Dynamiken und der Widerstand (2024–2025)

Auch vier Jahre nach dem Abzug bleibt der Westen ein entscheidender Akteur im Hintergrund.

### 7.1. Unterstützung der Opposition: Rhetorik vs. Realität

Die Nationale Widerstandsfront (NRF) unter Ahmad Massoud, die sich als Nachfolger der Nordallianz sieht, versucht aktiv, westliche Unterstützung zu mobilisieren.

- **Politische Unterstützung:** Die NRF unterhält Büros und Lobbyisten in den USA und Europa. Westliche Politiker äußern regelmäßig Sympathien, doch eine offene militärische Unterstützung (Waffenlieferungen) bleibt bisher aus.<sup>45</sup>
- **Strategisches Kalkül:** Der Westen befindet sich in einem Dilemma. Einerseits möchte

man die Taliban schwächen, andererseits fürchtet man, durch Waffenlieferungen einen neuen Bürgerkrieg zu entfachen, der wieder Terrorgruppen (ISKP) stärken könnte. Es gibt jedoch Spekulationen über verdeckte nachrichtendienstliche Kontakte, um die NRF als "Asset" in der Hinterhand zu behalten.<sup>46</sup>

## 7.2. "Over the Horizon" und Drohnen

Die USA behalten sich weiterhin das Recht vor, Ziele in Afghanistan aus der Luft anzugreifen ("Over the Horizon" Strategie). Die Tötung von Ayman al-Zawahiri im Juli 2022 auf einem Balkon in Kabul zeigte, dass der Luftraum über Afghanistan faktisch weiterhin unter westlicher Überwachung steht.<sup>34</sup> Die Souveränität der Taliban-Regierung über ihren Luftraum ist somit nur nominell existent.

## 7.3. Normative Kriegsführung: Gender Apartheid

Ein neues Feld der Einmischung ist die juristische Auseinandersetzung. Im Oktober 2024 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass die systematische Diskriminierung von Frauen in Afghanistan als Verfolgungsgrund für Asyl anerkannt wird. Mehrere westliche Staaten und Institutionen arbeiten daran, den Begriff der "Gender Apartheid" völkerrechtlich zu etablieren, um den Druck auf die Taliban zu erhöhen.<sup>48</sup> Dies ist eine Form der normativen Intervention, die darauf abzielt, die Taliban international vollständig zu delegitimieren und eine Normalisierung ihrer Herrschaft unmöglich zu machen.

# 8. Fazit: Eine Bilanz der Fragilität

Die Übersicht der westlichen Einmischung in Afghanistan seit 1989 zeigt eine bemerkenswerte Kontinuität des Ziels – die Sicherung westlicher Interessen (primär Terrorabwehr) – bei gleichzeitigem radikalem Wandel der Mittel.

1. **1990er:** Monetäre und geheimdienstliche Nadelstiche (Stinger-Rückkauf, Sanktionen) destabilisierten die Märkte und stärkten Warlords, verhinderten aber keine Bedrohungen.
2. **2001–2014:** Die massive militärische Intervention versuchte, einen Staat nach westlichem Vorbild zu erzwingen ("Nation Building"), untergrub diesen jedoch gleichzeitig durch die Finanzierung von Parallelstrukturen (CIA-Milizen, Warlords) und die Delegitimierung durch zivile Opfer (Drohnen).
3. **2014–2021:** Der Versuch, sich politisch zurückzuziehen, mündete im Verrat an den eigenen Verbündeten durch das Doha-Abkommen.
4. **Seit 2021:** Die militärische Besatzung wurde durch eine finanzielle Belagerung ersetzt. Der Westen kontrolliert Afghanistan heute nicht mehr durch Soldaten am Boden, sondern durch den Zugriff auf die Währungsreserven und das globale Bankensystem.

Das Ergebnis dieser Dekaden der Einmischung ist ein Land in permanenter Abhängigkeit. Die Strukturen, die der Westen schuf, waren ohne seine permanente Alimentierung nicht lebensfähig, und die Strukturen, die er bekämpfte (Taliban), wurden durch die Art der Bekämpfung (zivile Opfer, Korruption) oft erst gestärkt. Die aktuelle Strategie der Isolation und Sanktionierung friert den Konflikt zwar ein, bietet aber keine Perspektive für eine

Stabilisierung, die ohne externe Hilfe auskommt.

**Tabelle 3: Zusammenfassende Übersicht der Interventionsphasen**

Phase	Dominantes Instrument	Hauptakteure	Primäres Ziel	Ergebnis
1989–2001	Verdeckte Finanzierung, Rückkauf, UN-Sanktionen	CIA, Frankreich, UN	Containment, Non-Proliferation	Stärkung Warlords, Taliban-Radikalisierung
2001–2014	Militärische Besatzung (ISAF), Luftkrieg, PRTs	USA, NATO, CIA	Regime Change, Terrorbekämpfung	Fragiler Staat, massive Korruption, zivile Opfer
2014–2021	Training, Luftunterstützung, Diplomatie (Doha)	USA, NATO	Abzug ("Exit Strategy")	Delegitimierung der Regierung, Kollaps
2021–2025	Asset Freeze, Finanzsanktionen, Nicht-Anerkennung	USA, EU, Weltbank	Bestrafung, Verhaltensänderung	Wirtschaftskrise, humanitäre Notlage, Isolation

## Referenzen

1. Who Is Responsible for the Taliban? - The Washington Institute, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/who-responsible-taliban>
2. Operation MIAS - Wikipedia, Zugriff am Januar 15, 2026, [https://en.wikipedia.org/wiki/Operation\\_MIAS](https://en.wikipedia.org/wiki/Operation_MIAS)
3. An Afghan Mujahideen Aims a FIM-92 Stinger Missile at Passing Soviet Aircraft, 1988, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://rarehistoricalphotos.com/afghan-fighter-stinger-1988/>
4. The Cobra and the Mongoose: the Legacy Of The Mi-24 and the Stinger Missile in The Soviet-Afghan War | Small Wars Journal by Arizona State University, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://smallwarsjournal.com/2023/11/25/cobra-and-mongoose-legacy-mi-24-and-stinger-missile-soviet-afghan-war/>
5. Stingers, Stingers, Who's Got the Stingers?, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://slate.com/news-and-politics/2001/10/stingers-stingers-who-s-got-the-stingers.html>
6. Afghan Napoleon: The Life of Ahmad Shah Massoud - Middle East Forum, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.meforum.org/middle-east-quarterly/book-reviews/afghan-napoleon-the-life-of-ahmad-shah-massoud>
7. Ahmad Shah Massoud - Wikipedia, Zugriff am Januar 15, 2026, [https://en.wikipedia.org/wiki/Ahmad\\_Shah\\_Massoud](https://en.wikipedia.org/wiki/Ahmad_Shah_Massoud)

8. United Nations Arms Embargoes - Their Impact on Arms Flows and Target Behaviour - Case study: The Taliban, 2000–2006 - SIPRI, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.sipri.org/sites/default/files/files/misc/UNAE/SIPRI07UNAETal.pdf>
9. United Nations Security Council Resolution 1267 - Wikipedia, Zugriff am Januar 15, 2026, [https://en.wikipedia.org/wiki/United\\_Nations\\_Security\\_Council\\_Resolution\\_1267](https://en.wikipedia.org/wiki/United_Nations_Security_Council_Resolution_1267)
10. S/RES/1333 (2000) | Security Council - Welcome to the United Nations, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://main.un.org/securitycouncil/en/s/res/1333-%282000%29>
11. The "CIA's Army": A Threat to Human Rights and an Obstacle to ..., Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.cmi.no/publications/6916-the-cias-army-a-threat-to-human-rights-and-an-obstacle-to-peace-in-afghanistan>
12. U.S. ANALYSIS OF THE SOVIET WAR IN AFGHANISTAN: DECLASSIFIED - The National Security Archive, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://nsarchive2.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB57/us.html>
13. Our Faustian Bargains in Afghanistan - Center for American Progress, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.americanprogress.org/article/our-faustian-bargains-in-afghanistan/>
14. International Conference on Afghanistan, Bonn (2001) - Wikipedia, Zugriff am Januar 15, 2026, [https://en.wikipedia.org/wiki/International\\_Conference\\_on\\_Afghanistan,\\_Bonn\\_\(2001\)](https://en.wikipedia.org/wiki/International_Conference_on_Afghanistan,_Bonn_(2001))
15. Zalmay Khalilzad Oral History - Miller Center, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://millercenter.org/the-presidency/presidential-oral-histories/zalmay-khalilzad-oral-history>
16. Afghan exiles discuss Karzai challenge - 16 Mar 09 - YouTube, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.youtube.com/watch?v=s5o77EguUUk>
17. "Another Bonn-style conference": A new plan to 'fix' the war and enable US troops to leave, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.afghanistan-analysts.org/en/reports/war-and-peace/another-bonn-style-conference-a-new-plan-to-fix-the-war-and-enable-us-troops-to-leave/>
18. International Security Assistance Force - Wikipedia, Zugriff am Januar 15, 2026, [https://en.wikipedia.org/wiki/International\\_Security\\_Assistance\\_Force](https://en.wikipedia.org/wiki/International_Security_Assistance_Force)
19. U.S. Periods of War and Dates of Recent Conflicts - Congress.gov, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.congress.gov/crs-product/RS21405>
20. Afghanistan troop numbers data: how many does each country send to the Nato mission there? | News | theguardian.com, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.theguardian.com/news/datablog/2009/sep/21/afghanistan-troop-numbers-nato-data>
21. ISAF's mission in Afghanistan (2001-2014) | NATO Topic, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.nato.int/en/what-we-do/operations-and-missions/isafs-mission-in-afghanistan-2001-2014>
22. Afghanistan: Post-Taliban Governance, Security, and U.S. Policy - EveryCRSReport.com, Zugriff am Januar 15, 2026,

- <https://www.everycrsreport.com/reports/RL30588.html>
23. Full article: Armed governance: the case of the CIA-supported Afghan militias, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/09592318.2020.1777618>
  24. The "CIA's Army": A Threat to Human Rights and an Obstacle to Peace in Afghanistan - Chr. Michelsen Institute, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.cmi.no/publications/file/6914-the-cias-army-a-threat-to-human-rights-and-an-obstacle-to-peace-in-afghanistan.pdf>
  25. CIA-backed Afghan paramilitaries accused of grave abuses: new Human Rights Watch report - Afghanistan Analysts Network, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.afghanistan-analysts.org/en/reports/rights-freedom/cia-backed-afghan-paramilitaries-accused-of-grave-abuses-new-human-rights-watch-report/>
  26. CIA-linked unit accused of atrocities in Afghanistan - The Guardian, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.theguardian.com/world/2019/oct/31/human-rights-watch-report-links-cia-backed-units-to-afghanistan-abuses>
  27. US deadly drone strikes - Amnesty International UK, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.amnesty.org.uk/thank-you-us-deadly-drones>
  28. Afghanistan, Attack on Kunduz Trauma Centre - How does law protect in war? - ICRC, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://casebook.icrc.org/case-study/afghanistan-attack-kunduz-trauma-centre>
  29. Kunduz hospital airstrike - Wikipedia, Zugriff am Januar 15, 2026, [https://en.wikipedia.org/wiki/Kunduz\\_hospital\\_airstrike](https://en.wikipedia.org/wiki/Kunduz_hospital_airstrike)
  30. April 29: CENTCOM releases investigation into airstrike on Doctors Without Borders trauma center, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.centcom.mil/MEDIA/PRESS-RELEASES/Press-Release-View/Article/904574/april-29-centcom-releases-investigation-into-airstrike-on-doctors-without-borde/>
  31. US: End Impunity for Civilian Casualties - Human Rights Watch, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.hrw.org/news/2021/12/14/us-end-impunity-civilian-casualties>
  32. Congressional Investigation Confirms: US Funds Afghan Warlords, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.typeinvestigations.org/investigation/2010/06/21/congressional-investigation-confirms-us-funds-afghan-warlords/>
  33. CONSUMED BY CORRUPTION - National Security Archive, Zugriff am Januar 15, 2026, [https://nsarchive.gwu.edu/sites/default/files/media\\_mentions/u.s.\\_tolerated\\_corruption\\_in\\_afghanistan\\_officials\\_admit\\_in\\_confidential\\_documents\\_-\\_washington\\_post.pdf](https://nsarchive.gwu.edu/sites/default/files/media_mentions/u.s._tolerated_corruption_in_afghanistan_officials_admit_in_confidential_documents_-_washington_post.pdf)
  34. Timeline: The U.S. War in Afghanistan - Council on Foreign Relations, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.cfr.org/timeline/us-war-afghanistan>
  35. How Frozen Assets & Foreign Aid Is Impacting Afghanistan - PBS, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.pbs.org/wgbh/frontline/article/taliban-takeover-how-frozen-assets-f>

[oreign-aid-impacts-afghanistan/](#)

36. Report to Congress on Proposed Uses of the Afghan Fund - U.S. Department of State, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.state.gov/wp-content/uploads/2025/11/Report-to-Congress-on-Proposed-Uses-of-the-Afghan-Fund-Accessible-11.20.2025.pdf>
37. October 2023 Afghanistan Development Update - The World Bank, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://thedocs.worldbank.org/en/doc/210d5f24dc33a3460beff3447fceadcfc-0310012023/original/Afghanistan-Development-Update-20231003-final.pdf>
38. AFGHANISTAN ECONOMIC MONITOR - The World Bank, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://thedocs.worldbank.org/en/doc/8cd4001da4ac981a9d239f5536b173ea-0310012023/original/Afghanistan-Economic-Monitor-31-August-2023.pdf>
39. Fund for the Afghan People, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://afghanfund.ch/>
40. Joint Statement by U.S. Treasury and State Department: The United States and Partners Announce Establishment of Fund for the People of Afghanistan, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0947>
41. International Advisory Committee | Afghan Fund, Zugriff am Januar 15, 2026, [https://www.afghanfund.ch/files/20231122\\_international-advisory-committee.pdf](https://www.afghanfund.ch/files/20231122_international-advisory-committee.pdf)
42. Afghanistan-Related Sanctions - | Office of Foreign Assets Control, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://ofac.treasury.gov/faqs/topic/8126>
43. 929. For the purposes of Afghanistan-related General License (GL) 14, what is "humanitarian assistance to Afghanistan" or "other activities that support basic human needs in Afghanistan"? - Office of Foreign Assets Control, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://ofac.treasury.gov/faqs/929>
44. Treasury Issues Additional General Licenses and Guidance in Support of Humanitarian Assistance and Other Support to Afghanistan, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0545>
45. Afghanistan's National Resistance Front: Progress and Success - Orion Policy Institute, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://orionpolicy.org/afghanistans-national-resistance-front-progression-and-success/>
46. Afghanistan and the National Resistance Front | Hudson Institute, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.hudson.org/terrorism/afghanistan-national-resistance-front-luke-coffey>
47. 3 years after US withdrawal, Afghan resistance still ignored by US, West | Fox News, Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.foxnews.com/world/three-years-from-us-withdrawal-afghan-resistance-still-ignored-us-west>
48. EU Court Recognizes Taliban's Discriminatory Measures Against Afghan Women as Acts of Persecution - American Society of International Law (ASIL), Zugriff am Januar 15, 2026, <https://www.asil.org/ILIB/eu-court-recognizes-talibans-discriminatory-measures-against-afghan-women-acts-persecution>

49. UNGA 79 Joint Statement on the situation of women and girls in Afghanistan -  
EEAS, Zugriff am Januar 15, 2026,

[https://www.eeas.europa.eu/delegations/un-new-york/unga-79-joint-statement-situation-women-and-girls-afghanistan\\_en](https://www.eeas.europa.eu/delegations/un-new-york/unga-79-joint-statement-situation-women-and-girls-afghanistan_en)